

und Japaner, ihre Produkte im Dollar-Raum loszuwerden. Im Interesse ihrer Exportwirtschaft hätten die G-5-Partner Washingtons den Dollar-Sturz gern schon vor geraumer Zeit gestoppt. Schatzminister James Baker dagegen erweckt bei öffentlichen Auftritten nach wie vor den Eindruck, als laufe alles nach Plaza-Plan.

Wozu also eine neue G-5-Versammlung? Wenn die Amerikaner für ein „Weiter so“ plädieren und die anderen für ein „Stopp“, scheint ein G-5-Spektakel nur schädlich. Die Devisenmärkte würden nur noch hektischer reagieren, als sie es derzeit schon tun.

Die Konferenz mache Sinn, so lassen Bakers Beamte streuen. Washington habe sich in den vergangenen Wochen bereits intensiv bemüht, die Partner in Tokio, Paris, London und Bonn für einen Währungs-Pakt zu gewinnen, der anspruchsvoller und dauerhafter als der vom September 1985 sein soll. Die US-Regierung, so heißt es, wirbt für die Ablösung des bisherigen Systems freier Kurse durch ein System sogenannter Ziel- oder Referenzzonen für die Wechselkurse von Dollar, Yen und dem von der Mark angeführten europäischen Währungsblock.

Nach dem Vorbild des Europäischen Währungssystems (EWS), in dem die Kurse nur innerhalb bestimmter Bandbreiten schwanken dürfen, soll sich der Dollar gegenüber Mark und Yen in bestimmten Zonen bewegen. Nähert er sich den Grenzen dieser Zone, müssen die Notenbanken Devisen an- oder ver-

kaufen und so dafür sorgen, daß der Kurs sein Zielgebiet nicht verläßt.

Allerdings sollen die Zielbänder weiter als beim EWS sein, und sie sollen leichter verschoben werden können. Unklar ist noch, ob vereinbarte Zielzonen geheimgehalten werden sollen, damit die Devisenspekulation erschwert wird.

Das Angebot der Amerikaner scheint verlockend. Japaner und Europäer könnten mitbestimmen, wenn es um die angemessene Höhe des Dollar geht. Auch wären die Amerikaner dann verpflichtet, durch eigene Eingriffe in den Devisenmarkt zur Kursstabilisierung beizutragen. Bislang überließen Baker und Amerikas Zentralbankiers es allein Japanern und Europäern, Milliarden für das Glätten allzu heftiger Kursausschläge einzusetzen.

Aber der G-5-Taktiker Baker wäre kein Amerikaner, würde er nicht mit seinem Dollar-Köder nach Gegenleistungen fischen. Einen Beitrag der USA zur Dollar-Stabilisierung soll es nur geben, wenn die Regierungen in Bonn und Tokio eine alte Forderung Washingtons erfüllen.

Die Handelspartner sollen kräftig ihre Konjunktur ankurbeln und damit die US-Handelsbilanz entlasten: Mitsprache der Partner beim Dollar gegen Mitsprache der Amerikaner bei der Bonner und Tokioter Wirtschaftspolitik.

Es wäre ein dubioses Tauschgeschäft. Denn die schönsten Zielzonen-Vereinbarungen und Interventions-Versprechen können den Dollar-Fall nicht stop-

pen, wenn Washington seine Schuldenpolitik fortsetzt.

Solange die US-Regierung jährlich etwa 200 Milliarden Dollar mehr ausgibt, als sie einnimmt und solange der amerikanische Zentralbankrat das Geld so schnell drucken läßt, wie es zur Finanzierung der Schulden erforderlich ist – solange wird der Dollar schwach bleiben. Da ist es auch ziemlich unwichtig, ob Schatzminister Baker sich müht, den Dollar herunterzureden oder ob er verspricht, beim Stabilisieren seiner Währung zu helfen.

Was von Stabilitäts-Versprechen zu halten ist, haben die Japaner in den vergangenen Monaten lernen können. Ende Oktober vergangenen Jahres hatten Amerikaner und Japaner vereinbart, die Dollar-Yen-Relation möglichst stabil zu halten.

Dennoch taten die Amerikaner nichts, als der Dollarkurs von etwa 160 Yen im November und Dezember in diesem Jahr auf die Marke von 150 Yen zurutschte. Angeblich hatten die Japaner ihrerseits das Versprechen zur Konjunktur-Stimulierung nicht gehalten.

Bonns Finanzminister Gerhard Stoltenberg und Bundesbankchef Karl Otto Pöhl zeigen daher wenig Neigung, auf die US-Offerte einzugehen. Sie wissen, daß auf die Regierung des Republikaners Ronald Reagan wenig Verlaß ist – zumal über die Staatsausgaben letztlich in dem von den Demokraten beherrschten Kongreß entschieden wird.

Ohne eine solidere Finanz- und Geldpolitik der Amerikaner aber gäbe es nur einen Weg, den Kurs des Dollar innerhalb bestimmter Bandbreiten zu halten: Die Europäer und Japaner müßten eine ebenso laxe Wirtschaftspolitik wie ihr Partner in Washington betreiben.

„Die Amerikaner scheinen von anderen Leuten zu erwarten“, meint ein Banker, „daß sie ihnen helfen, während sie selbst absolut gar nichts tun.“

## LIBANON

### Irgendwie raus

**Tausende eingekesselter Palästiner mußten sich von Hunden, Katzen und Ratten ernähren – Schiiten wollen die wiedererstarkte PLO aushungern.**

Ich habe es nicht mehr ausgehalten. Der Lärm der Granaten. Die schreienden Babys. Der Hunger. Mit ein paar anderen Jungs lief ich einfach los. Dann standen da die Soldaten. Wir mußten die Hände in die Höhe strecken.“

Faris Ali el-Chatib, 10, reißt jäh die Arme gegen die Decke in einer Krankenstation des West-Beiruter Stadtteils Mar Ilijas. Genau so, zeigt er den Pflegern und Schwestern, habe er vor den Gewehrläufen gestanden. Dann, hek-

tisch und mit weit aufgerissenen Augen, schildert der schwächliche Palästinenserjunge, wie es weiterging:

„Als die Soldaten einen Moment nicht aufpaßten, schlich ich mich hinter einen Erdhügel. Es regnete, und es war kalt. Ich hatte furchtbare Angst. So saß ich ein paar Stunden, bis ich mich wieder vortraute. Ich lief und lief, irgendwie bin ich rausgekommen.“

Faris ist eines von 16 Kindern, denen in der vergangenen Woche die waghalsige Flucht aus dem Palästinenserlager Burdsch el-Baradschine gelangt war.

Dort sind seit November vorigen Jahres 25 000 Flüchtlinge eingeschlossen. Im benachbarten Schatila, im moslemischen Westteil der libanesischen Hauptstadt, sind 4000 Palästinenser eingekesselt. Und im Süden des Landes, nur 14 Kilometer von der israelischen Grenze entfernt, waren in Raschidje 30 000 heimatlose Palästinenser umzingelt.

Belagert wurden die Flüchtlinge – unter ihnen mindestens 3500 schwerbewaffnete und PLO-Chef Jassir Arafat treu ergebene Fedajin – von der schiitischen Amal-Miliz, militärische Schutztruppe der größten libanesischen Bevölkerungsgruppe. Deren Führer: Nabih Birri, Anwalt und libanesischer Justizminister (siehe Kasten Seite 140).

Es war – zumindest bis vorige Woche – ein Krieg, der von der Weltöffentlichkeit und den bürgerkriegsgeplagten Bewohnern Beiruts nur beiläufig wahrgenommen wurde.

Das dumpfe Dröhnen der Artillerieduelle, die sich Palästinenser und Schiiten Nacht für Nacht lieferten, war zwar bis in die Gebirgsdörfer weit hinter der Hauptstadt zu hören. Aber unmittelbare

Gefahr bestand nur für die überwiegend schiitischen, bettelarmen Libanesen in Beiruts südlichen Vororten und für die Insassen der Palästinenserlager nahe dem Neun-Loch-Golfplatz (in Betrieb) und dem internationalen Flughafen (seit zwei Wochen gesperrt) der Hauptstadt.

Der Beschuß durch die Amal-Miliz hat in Schatila, Burdsch el-Baradschine und Raschidje mindestens 556 Menschenle-



**Geflohene Lagerkinder**  
„Ziemlich salzig geschmeckt“



**Abgegangener Lebensmittel-Transport\***: Seit vier Monaten eingekesselt

ben gefordert und 1470 verletzt. Die Camps – überwiegend aus einstöckigen Steinhäusern und Holzhütten errichtet – sind zum großen Teil zerstört. Allein in Schatila seien „mindestens 95 Prozent der Häuser“ dem Erdboden gleichgemacht, berichtete der kanadische Chirurg Chris Giannou.

Das Leben in den Ruinen – abgeschlossen von der Außenwelt, ohne Strom, Wasser, Medikamente und frische Nahrungsmittel – hatte sich in den vergangenen Wochen dramatisch verschlimmert. Die Vorräte gingen zu Ende. Nach draußen drangen Horrormeldungen: über Mütter, die beim Versuch, Regenwasser in Konservendosen aufzufangen, von Amal-Heckenschützen getroffen wurden; über Berge von Müll und Exkrementen, welche die Seuchengefahr erhöhten; und über Kinder, die Hunde, Katzen und sogar Ratten fingen, um ihren Hunger zu stillen.

„Jawohl“, sagt der neunjährige Mohammed Kassab, dem vergangene Woche wie seinem Freund Faris die Flucht aus Burdsch el-Baradschine gelang. „Wir haben zuletzt Katzen und Maultiere gegessen. Wir haben sie einfach wie Hammel gekocht.“ Sie hätten allerdings „ziemlich salzig“ geschmeckt.

Der unerbittliche Lagerkrieg verdrängte das Drama um die West-Beiruter Geiseln erst aus den Schlagzeilen, als das Volkskomitee von Burdsch el-Baradschine einen ebenso spektakulären wie makabren Hilfeschrei ausstieß: Die Belagerten verlangten eine „Fatwa“, ein religiöses Gutachten moslemischer Religionsgelehrter. Denn die Hungersnot zwingt sie „schon bald“ dazu, „Menschenfleisch zu essen“. Zwar hielt selbst Scheich Fadlallah, spiritueller Führer der radikalen Schiitenorganisation Hisb Allah und der palästinensischen Sache wohlgesinnt, den Appell für schlichte „Demagogie“.

Aber das internationale Echo auf den Propaganda-Coup aus Notwehr war gewaltig: Frankreichs Staatspräsident François Mitterrand forderte die Regierung auf, den bedrängten Palästinensern „unverzüglich“ Nahrungsmittel und Medikamente zukommen zu lassen. In Bonn demonstrierte die Bundestagsfraktion der Grünen geschlossen vor der syrischen Botschaft gegen die „Massaker“ in Beirut. (Syrien unterstützt die Amal politisch und militärisch.)

Es war auch die Stunde der großen Gesten und Worte: Der marokkanische König Hassan II. bat bei Libanons Präsident Amin Gemayel um eine Überfluggenehmigung. Seine Luftwaffe wolle den Eingeschlossenen mit Fallschirmen Lebensmittel und Medikamente abwerfen – ein purer Propagandatrick ohne die geringste Aussicht auf Erfolg.

Für PLO-Chef Arafat war das Elend seiner Gefolgsleute in den Lagern eine gute Gelegenheit zur Selbstdarstellung:

\* Davor von Schiiten-Miliz erschossene Palästinenser.

# „Wahl zwischen Strick und Schafott“

Schiitenführer Nabih Birri kann im Lagerkrieg nur verlieren

Als im November vorigen Jahres der Beiruter Lagerkrieg ausbrach, wütete Palästinenserfreund Muammar el-Gaddafi gegen die libanesische Amal-Miliz und deren Anführer Nabih Birri, 50: „Verbrecherbande, zionistische Agenten, schiitisches Gesindel, man muß sie alle ausrotten.“

Birris Replik geriet genauso deftig. „Du bist“, beschimpfte er den libyschen Revolutionsführer, „der Sohn einer jüdischen Mutter und eines französischen Söldners.“ Die nach arabischen Maßstäben todeswürdige Beleidigung wollte Birri publik machen. Aber die pro-libysche Beiruter Tageszeitung „As-Safir“ weigerte sich, das Zitat abzudrucken.

Daraufhin blockierten Birris Milizionäre zwei Wochen lang die „As-Safir“-Druckerei und beschlagnahmten die Gesamtauflage. Um den wirtschaftlichen Ruin zu vermeiden, trat Zeitungsbesitzer Talal Salman schließlich den Bittgang an und entschuldigte sich für die „Uneinsichtigkeit“ seiner Redakteure. Der Schiitenführer war zufrieden, „As-Safir“ konnte wieder erscheinen.

Birri, seit fast drei Jahren Justizminister des Libanon, ist eine der schillerndsten und widersprüchlichsten Figuren im bürgerkriegsgeplagten Land: selbsternannter Vermittler in Geiselnissen und grausamer Kriegsherr, Hoffnungsträger der verarmten libanesischen Schiiten und berechnender Machtpolitiker.

Er schlug vor, 400 Araber in israelischer Gefangenschaft gegen einen abgeschossenen israelischen Piloten und vier US-Geiseln auszutauschen – obwohl er auf deren Freilassung kaum Einfluß hat. Wenn es seine Macht mehrt, unterstützt der wendige Levantiner auch die Interessen des Erzfeindes Israel – zum Beispiel mit der Abriegelung der Palästinenserlager.

Als Sohn armer schiitischer Eltern im südlibanesischen Bint Dschbeil geboren, kam er mit zwölf Jahren nach Beirut, „um das verdammte Elend hinter mir zu lassen“.

Er studierte Jura und Politikwissenschaften. Nach einigen Monaten als Rechtsanwalt wanderte Birri zu Verwandten in die USA aus. Er heiratete eine Amerikanerin – mit ihr hat er drei Kinder – und zog eine lukrative Tankstellen-Kette auf.

Anfang der 70er Jahre, noch vor Ausbruch des libanesischen Bürger-



Amal-Chef Birri (M.), Anhänger: „Schlächter der Palästinenser“

kriegs, kehrte Birri ohne Frau und Kinder in seine Heimat zurück. Dort schloß er sich der Bewegung des Schiitenführers Mussa el-Sadr an und wurde rasch Sprecher von dessen Organisation. Als der Imam unter mysteriösen Umständen 1978 in Libyen verschwand, übernahm Birri die Führung der libanesischen Schiiten.

Auch nach der Revolution der Glaubensgenossen im Iran und der Ausbreitung des schiitischen Fundamentalismus blieb der Advokat, gefürchtet wegen seiner flinken Zunge, seinem eigenständigen laizistischen Kurs treu: „Ich schätze Imam Chomeini sehr. Er ist Iraner, ich bin Libanese. Er soll sich gefälligst um seine Angelegenheiten kümmern, und ich kümmere mich um die meines Landes.“

Seit der von ihm befohlenen Hungerblockade gegen drei Palästinenserlager kämpft Birri, dessen Vorliebe für moderne westliche Kleidung vielen moslemischen Geistlichen ein Dorn im Auge ist, nicht mehr nur gegen Fundamentalisten und Konservative in seiner Organisation.

Der Lagerkrieg gegen Arafats PLO ist für Nabih Birri mittlerweile zum Kampf ums politische Überleben geworden: „Wir sind tatsächlich in eine mörderische Zwickmühle geraten“, sagte der Justizminister vergangene Woche. Zwar könnte Birri auf eine

rasche Entscheidung dringen – aber ein Sturm auf die Lager wäre „eine Einladung zum politischen und historischen Selbstmord“ (so Amal-Berater Akl Hamije).

Denn dann würde die Amal in der arabischen Welt als „Schlächter der Palästinenser“ dastehen, wie Arafat den Schiitenführer erst kürzlich titulierte.

Die Alternative wären Verhandlungen mit der wiedererstarkten PLO, die versucht, wie schon vor der israelischen Invasion 1982 im Libanon, wieder einen „Staat im Staat“ zu bilden. Aber jede Vereinbarung zwischen der Amal und Arafat würde unweigerlich zum Bruch zwischen Birri und seinem einzigen Verbündeten Syrien führen. Dessen Staatschef Hafis el-Assad ist ein erbitterter Gegner Arafats.

So muß Birri „diese blutende Wunde“ schließen, möglichst ohne seinen Verbündeten zu verprellen oder der PLO irgendwelche Zugeständnisse zu machen. Kommentar eines christlichen Parlamentsabgeordneten: „Jetzt hat Birri nur die Wahl zwischen Strick und Schafott.“

Wenn es schiefeht, hat Birri vorgesorgt: Der libanesische Minister verlegte seinen Wohnsitz schon vor Monaten in die syrische Hauptstadt Damaskus. Der Aufenthalt in Beirut scheint ihm „zu gefährlich“.

Arafat hatte in den letzten Jahren ohnmächtig erleben müssen, wie seine Stimme und sein politisches Gewicht nicht nur bei den arabischen Potentaten und Verbündeten, sondern auch in seiner eigenen Organisation ständig abnahmen.

Doch nun appellierte er in einem Interview mit der französischen Tageszeitung „Le Monde“ an die Uno, den Einkesselten zu helfen und so „einen Völkermord“ zu verhindern. Die Hungerblockade sei ein „syrisch-israelisches Komplott“, inszeniert von dem „Hundesohn“ Nabih Birri.

Unter dem wachsenden Druck vor allem arabischer Staaten entschloß sich Nabih Birri Ende vergangener Woche, wartende Lastwagenkonvois mit Nahrungsmitteln und Medikamenten in die Lager zu lassen. Der erste Transport aber geriet vorigen Freitag vor den Toren Burdsch el-Baradschines unter Beschuß, ein iranischer Vermittler wurde tödlich getroffen. Schon vor neun Tagen war der Versuch eines mit Mehl beladenen Lkw gescheitert, den Belagerungsring der Amal zu durchbrechen – vier Palästinenser starben im Kugelhagel der Schiitenmiliz.

Die Hintergründe der Feindschaft zwischen den libanesischen Schiiten und den mehrheitlich sunnitischen Palästinensern reichen zurück bis in die 70er Jahre. Damals kontrollierte die PLO den Süden des Landes und startete von dort Kommando-Unternehmen gegen Israel.

Das provozierte massive Vergeltungsschläge der israelischen Luftwaffe – Leidtragende waren vor allem die 800 000 Einwohner des libanesischen Südens. 1982 führte die israelische Invasion des Libanon zur Vertreibung aller palästinensischen Freischärler.

In den vergangenen Monaten war es der PLO jedoch wieder gelungen, Hunderte ihrer Kämpfer in den Libanon zurückzuschleusen – mit Hilfe der Druzen und selbst mit Unterstützung der Christen. Deren Milizen kämpfen mit der Amal um die militärische Vorherrschaft im Libanon; dabei ist ihnen jeder Bündnispartner willkommen.

Ein Wiedererstarken der PLO im Libanon käme weder Syriens Präsident Hafis el-Assad noch Israel gelegen. So kommt es gelegentlich zwischen den beiden Frontstaaten, die seit 1967 im Kriegszustand sind, zu geheimen Allianzen gegen den gemeinsamen Feind:

Kürzlich sollte eine Brigade Arafat-Kämpfer mit zwei DC-8-Flugzeugen, die ein griechischer Vermittler für die PLO in Nicaragua erworben hatte, von Nordjemen in den Libanon verlegt werden.

Zur Tarnung strichen die Palästinenser die Maschinen weiß und verzierten sie mit roten Halbmonden (dem islamischen Äquivalent des Roten Kreuzes). Doch der Plan flog vorzeitig auf: Die Geheimdienste Syriens und Israels hatten ihn in einer gemeinsamen Aktion publik gemacht.

## ÖSTERREICH

### Auf den Tisch hauen

**Sieben Monate lang hat Bundespräsident Kurt Waldheim die Häme der Welt still ertragen. Nun will er sich zur Wehr setzen.**

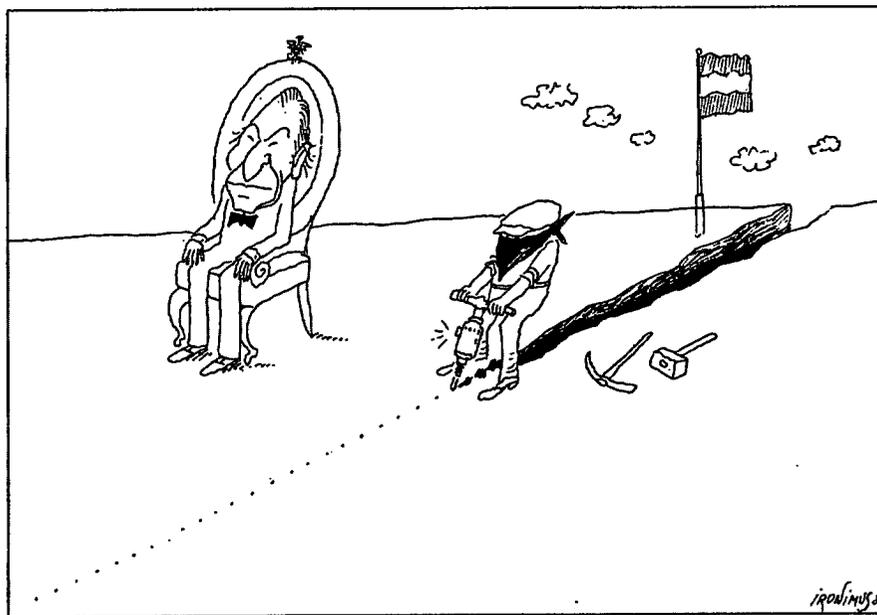
Das seien in „Wirklichkeit unfassbare Vorgänge“, erregte sich der bekannt emotionslose SPÖ-Bundeskanzler Franz Vranitzky. Auch Franz Rauscher, Leitartikler des Wiener Massenblatts „Kurier“, kam aus dem Staunen nicht heraus: „Wem fällt so etwas ein? Wer hat die kriminelle Energie für solche bösaartigen Lausbübereien?“

Die Empörung galt der israelischen Zeitung „Jerusalem Post“, die vergangene Woche einen angeblichen Brief des

dem mit sich selbst so nachsichtigen Staatsoberhaupt und seinen nicht minder nachsichtigen Landsleuten auch künftig immer wieder zuzusetzen.

Als der Ex-Wehrmachtsoffizier Waldheim im vergangenen Juni von den Österreichern mit 54 Prozent der Stimmen in die Hofburg gewählt worden war, meinte er allen Ernstes, die Angriffe auf ihn würden nun schlagartig verstummen. Politik, so redete er sich ein, werde von Realisten gemacht, die sogleich nach dem Fait accompli zur Tagesordnung übergehen würden.

Sogar auf Sympathie aus aller Welt glaubte er hoffen zu dürfen. Hatten nicht seine Ankläger, vor allem der Jüdische Weltkongreß, der ihm Kriegsverbrechen an der Balkan-Front nachzuweisen versucht hatte, überzogen? Waren nicht die Verdächtigungen, Waldheim habe Ein-



Die Presse, Wien

### Grabenkämpfer

ÖVP-Chefs und Vizekanzlers Alois Mock an die britische Premierministerin Margaret Thatcher veröffentlicht hatte. Darin wurde es als „ratsam“ bezeichnet, Österreichs Bundespräsidenten Kurt Waldheim noch im Jahr 1987 aus gesundheitlichen Gründen zum Rücktritt zu bewegen. Denn Waldheim schade der internationalen konservativen Bewegung und isoliere Österreich von seinen westlichen Freunden.

Das Schreiben, von der „Jerusalem Post“ im Faksimile abgebildet, war eine plumpe Fälschung, wie sich rasch zeigte. Mock wies das Original seines Briefes vor (Waldheim kam darin gar nicht vor), und auch Frau Thatchers Büro demenutierte überzeugend.

Zugleich aber machte „das makabre Schandstück“ (Mock) klar, daß Waldheim auch sieben Monate nach seinem Amtsantritt nicht zur Ruhe gekommen ist. Seine Gegner scheinen entschlossen,

sätze gegen Partisanen mitgeplant und von Juden-Deportationen gewußt, unbewiesen geblieben?

Doch er übersah, daß nicht seine Taten ihn verurteilten, sondern seine penetrante Selbstgerechtigkeit, seine Unfähigkeit, sich zu erinnern und zu bekennen. Waldheim, durch Opportunismus und extreme Anpassungsfähigkeit bis zum Uno-Generalsekretär aufgestiegen, scheiterte nun plötzlich an den gleichen Eigenschaften, die seine Karriere bis dahin begründet hatten – für den Präsidenten war es ein rätselhafter, unverständlicher Vorgang, offenbar bis heute.

Zum erstenmal in seinem Leben konnte der siegesichere Waldheim es sich nicht mehr richten.

Die Pariser Zeitung „Le Monde“, die Waldheims Amtsantritt unter dem Titel „Ein Staatsoberhaupt als Staatsrisiko“ kommentiert und prophezeit hatte, die westlichen Länder würden fortan Di-